

Inhaltsverzeichnis

Bedrohung für Indigene & Mobilisierungen.....	2
Indigene Protestagenda für August / September.....	4
IV. Massenproteste gegen Bolsonaro.....	5
Die Strategie, das Vertrauen in das Wahlsystem zu erschüttern	6
Stand der Militarisierung in Brasilien.....	7

Bedrohung für Indigene & Mobilisierungen

Das Gesetzesprojekt **PL490** gefährdet ausgewiesene indigene Territorien und macht die Neuausweisung von Territorien schwieriger, weil es den harten Stichtag der Verfassungsverkündung festschreibt. Wenn dieses Gesetz unterzeichnet wird, müssten Indigene nachweisen, dass sie vor dem 5. Oktober 1988 das Land bewohnt haben, das sie für sich reklamieren. Eine fast unmögliche Aufgabe, denn selbst wenn es Dokumente gibt, die die Existenz von Indigenen an einem Ort dokumentieren, ist es praktisch unmöglich, die genauen Grenzen dieses Territoriums festzulegen. Außerdem macht es für die Gemeinschaften, die schon weit vor diesem Stichtag von ihrem Land vertrieben wurden, eine Rückeroberung unmöglich. Das Gesetzesprojekt PL490 gibt es schon seit 2007 - die Bancada Ruralista hat es nun aufgegriffen, um alle Dekrete, die von der Justiz gestoppt wurden, in Gesetz zu gießen. Am 23.06.2021 stimmte die Justizkommission der Abgeordnetenkammer mit 41 zu 20 Stimmen für die Gesetzesinitiative. Als nächstes wird das Plenum der Abgeordnetenkammer über das Gesetz befinden, bevor es an den Senat weitergeleitet wird.

Während der ersten Coronawelle, am 07.05.2020 setzte der Bundesverfassungsrichter Edson Fachin alle Verfahren aus, die sich auf die Demarkation von indigenem Land auswirken könnten. Diese Aussetzung gilt für die Dauer der Covid-19-Pandemie oder bis zur Verhandlung des Falls des Schutzgebietes Ibirama La Klänõ des Volkes der Xokleng vor dem Berufungsgericht.

Wie Survival International in einem [online Beitrag](#) aufbereitet hat, waren es im Fall der Xokleng vor allem deutsche Siedler, die Anfang des 20. Jahrhunderts die Indigenen mit Waffengewalt aus ihren Gebieten vertrieben haben.

Die Entscheidung im Fall Xoklen Der Verband der Indigenen Völker Articulação dos Povos Indígenas (APIB) betonte in einer internationalen Videokonferenz mit mehr als 200 Teilnehmer:innen am 28.06.2021 die Hoffnung, dass das Supremo Tribunal Federal noch vor dem 30.06.2021 über den Fall entscheiden würde. Zu diesem Stichtag endete nämlich die Amtszeit des Richters Marco Aurélio Mello. Sein Sitz im Obersten Gericht Brasiliens wird durch einen Richter übernommen werden, den der aktuelle Präsidenten nominiert. Das trübt die Aussichten auf ein vorteilhaftes Urteil. Derzeit geht APIB davon aus, dass das Urteil am 25. August gefällt wird und mobilisiert sowohl in Brasilia als auch international zum Protest. Die brasilianische Organisation CIMI schätzt, dass [mindestens 500.000 Indigene landlos bleiben würden](#). Auch die Rechtmäßigkeit von bestehenden indigenen Territorien stände dann in Frage.

Ein weiteres Gesetzesvorhaben, das direkt von der Bolsonaro-Regierung eingebracht wurde, ist das **PL191** -"PL da mineração". Mit diesem Gesetzesvorschlag versucht die Regierung ein Wahlversprechen einzulösen indigene Territorien für den Bergbau zu öffnen. Seit das Gesetz im Februar 2020 eingebracht wurde, wurden 143 Anträge auf Bergbaulizenzen dokumentiert, die indigene Gebiete betreffen würden. Alleine in dem Gebiet der Yanomami wurden Anträge gestellt, die eine Fläche von 3,3 Millionen Hektar umfassen, was mehr als einem Drittel des gesamten Yanomami Gebiets entspricht und größer ist als die Fläche von Belgien. Ein Drittel dieser Anträge bezieht sich auf die Goldsuche, bei der große Mengen an Quecksilber verwendet werden. Dadurch

werden die Trinkwasserquellen und die Fischgründe der indigenen Bevölkerung zerstört.¹ Nachdem das Gesetzesvorhaben im Februar 2020 eingebracht wurde, ist in der Abgeordnetenversammlung nicht mehr viel passiert. Es wurde beschlossen, eine Sonderkommission einzurichten, die die Auswirkungen dieses Gesetzesvorhabens untersuchen soll. Bisher gab es aber noch keine konstituierende Sitzung.²

Das dritte Gesetzesprojekt, das die Rechte der Indigenen derzeit bedroht ist die **PL177/2021**³ die im April diesen Jahres im Abgeordnetenhaus eingebracht wurde. Mit diesem Projekt soll der Präsident ermächtigt werden, aus der ILO Konvention 169 auszutreten. Diese Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation definiert in 44 Artikeln grundlegende Rechte der indigenen Völker. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich erst am 15.04.2021 zu dieser Konvention bekannt, die weltweit von 25 Staaten ratifiziert wurde.

Ein weiteres Gesetzesprojekt, das sehr konkrete Auswirkungen auf das Município de Pacaraima (RR) haben würde, ist das Projekt **PL 28/2019**. Darin wird gefordert, das Stadtgebiet der Gemeindehauptstadt aus dem Indigenen Gebiet São Marcos herauszulösen.⁴ Allerdings weisen die Betroffenen darauf hin, dass das Indigene Gebiet São Marcos bereits vier Jahre vor der Gründung der Gemeinde Pacaraima existierte und außerdem keine angemessene Informationskampagne der Indigenen zu diesem Projekt stattgefunden hat. Dadurch widerspricht es der ILO Konvention 169.⁵

Das Gesetzesvorhaben mit der Nummer **PL 2633/2020**⁶ hat das offizielle Ziel, die Eigentumsverhältnisse von Landtiteln zu ordnen und zu formalisieren. Das „Landraubgesetz“ (Ley da Grillagem) hat zwar nicht direkt mit Indigenen zu tun, befeuert aber laut Nationalem Menschenrechtsrat (CNDH) die Landkonflikte in ländlichen Regionen, von denen auch viele Indigene betroffen sein würden. Der Nationale Menschenrechtsrat kritisiert weiter, dass durch diese Gesetzesinitiative voraussichtlich Verbrecher mit Landtiteln belohnt würden. Am 03. August 2021 verabschiedete das Abgeordnetenhaus die Gesetzesinitiative. Nun wird sich der Senat mit dem Gesetz beschäftigen.

Internationale Vernetzung von APIB

Am 28.06. sowie am 03.09. organisierte APIB einen internationalen Zoom Call mit hunderten Aktivist:innen. Ziel dieser sehr strukturierten Sitzungen war es, den Informationsstand zu den aktuellen Protestaktionen und Gesetzesvorhaben international bekannt zu machen. Die gut strukturierten Sitzungen wurden von Sônia Guajajara eröffnet und in beiden Sitzungen gab es ein Informationsupdate durch Eloy Terena.

Die Informationen zirkulieren über einen portugiesischen⁷ und einen englischen⁸ WhatsApp-Chat.

1 <https://cimi.org.br/2021/07/vitoria-movimento-indigena-pressiona-anglo-american-desiste-27-autorizacoes-pesquisa-cobre-territorios/>

2 <https://www.camara.leg.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=2236765>

3 <https://www.camara.leg.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=2279486>

4 <https://www.camara.leg.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=2229142>

5 <https://cimi.org.br/2021/07/liderancas-indigenas-rejeitam-pdl-28-2019-ti-sao-marcos-roraima-audiencia-publica-camara/>

6 <https://www.camara.leg.br/propostas-legislativas/2252589>

7 <https://chat.whatsapp.com/CtOTnKIFTLc4VVxhRIy131>

8 <https://chat.whatsapp.com/IVptvmDjrBRHxW6IFuGrhu>

Das Internationale Komitee von APIB ist auch unter folgender E-Mail Adresse zu erreichen: internacional@apiboficial.org

An diese Adresse sollen auch Bilder von internationalen Protestaktionen geschickt werden, damit diese von den lokalen Organisationen in ihrer Kommunikation mit verwendet werden kann.

Außerdem wurde dazu aufgerufen, die Protestaktionen vor Ort finanziell zu unterstützen⁹.

Indigene Protestagenda für August / September

- **09. August**

Anlässlich des internationalen Tag der Indigenen will APIB Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen Präsident Bolsonaro erheben wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Indigenen rufen zu internationaler Beteiligung durch Protestaktionen auf. In Berlin mobilisiert das Bündnis Ökozidgesetz und KlimaDeSol zu einer Protestaktion.



- **16. August**

Es wird ein ca. 25 seitiges Dossier in mehreren Sprachen veröffentlicht, das die aktuellen Herausforderungen der Indigenen in Brasilien für ein internationales Publikum zusammenfasst.

- **25. August**

An diesem Tag wird das Urteil im Fall Xokleng erwartet. In diesem Kontext mobilisiert APIB schon für den 22. August zu einem Protestcamp nach Brasilia. Da es nicht genau definiert ist, wann das Urteil wirklich ergeht, planen die Organisator:innen das Camp bis 28.08. Für den 24.



August & den 25. August rufen sie zu Protesten vor den Botschaften auf.

Zahlreiche Aktionen wurden auch in Europa angekündigt (u.a. London, Amsterdam)

⁹ <https://paybox.doare.org/br/paybox?sourceURL=https:%2F%2Fapib.info&lang=br&values=30,70,150,300,500¤cy=BRL&showIncludeCosts=1&orgId=7b997909-eb84-11ea-9b5e-060a6e179d39&campaignId=7aee0deb-75ae-4774-8404-7fa6ceafea3e&subscribe=1&subscriptionAmount=&showSubscription=1&referrer=https:%2F%2Fapib.info>



- **07. - 11. September**

An diesen Tagen findet der zweite „Marsch der indigenen Frauen“ statt. Außerdem soll eine Wiederaufforstungsplattform gestartet werden.

IV. Massenproteste gegen Bolsonaro

Zum vierten Massenprotest gegen Bolsonaro innerhalb von zwei Monaten kamen am 24.07.2021 mehr als 600.000 Menschen in über 400 Städten zusammen. Auch außerhalb Brasiliens gab es Proteste. Das Motto der Proteste lautete: "Für Impfung, Arbeit und Unterstützung: Raus mit Bolsonaro!"

Die Proteste finden in einem angespannten Kontext statt. Mehr als 550.000 Menschen haben in Brasilien ihr Leben in dieser Pandemie verloren. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist von Hunger bedroht und die Arbeitslosenquote stieg auf einen Rekordwert von 14,7 %. Die Anzahl der täglichen Neuinfektionen fiel von einem Rekordwert von 350 pro Million Einwohner:innen Ende Juni auf rund 200, was aber immer noch mehr als das Zehnfache des deutschen Werts darstellt. Außerdem sind die Fallzahlen aus Brasilien mit Vorsicht zu genießen weil sie stark von den durchgeführten Tests abhängt.

Für Guilherme Boulos (MTST, PSOL) wackelt der Sitz des Präsidenten mittlerweile deutlich. Das liegt vor allem daran, dass politische Gruppierungen der Mitte, die bis zuletzt die Regierung Bolsonaros gestützt hatten, mittlerweile ebenfalls für die Massenproteste mobilisieren. Zwar versucht der Regierungschef, mit der Neubesetzung und Neuschaffung von Ministerien seine Unterstützer:innen bei der Stange zu halten, aber die Ansprüche der Zentrumsparteien dürften nur schwierig längerfristig zu befriedigen sein.

Kurz vor den Massenprotesten forderte Bolsonaro erneut, dass in der kommenden Präsidentschaftswahl nicht das digitale Wahlsystem zum Einsatz kommen solle, sondern mit gedruckten Wahlzetteln gewählt wird. Damit zweifelt er die Integrität des Wahlsystems an, das ihn an die Macht gebracht hat. Eine Strategie, die wir aus der letzten Präsidentschaftswahl in den USA noch sehr gut kennen.

Auch der in der Präsidentschaftswahl unterlegene Kandidat der Arbeiterpartei Fernando Haddad sieht in den permanenten Provokationen seitens Bolsonaros eine Schwäche und heißt alle bei den Protesten willkommen, die sich gegen den Präsidenten wehren wollen. Allerdings stellt er auch klar, dass die Person Bolsonaro nur ein Kristallisationspunkt für eine größere Gruppierung ist. Rund ein Viertel der brasilianischen Bevölkerung fühlt sich wohl in einem rassistischen, frauenfeindlichen und xenophoben Diskurs. Dieser Teil der Bevölkerung wird bei den kommenden Wahlen eine wichtige Rolle spielen - mit oder ohne die Person Jair Bolsonaro.

Sônia Guajajara, Präsidentin der Articulação dos Povos Indígenas (APIB) stellt fest, dass für Indigene die Todesgefahr durch Angriffe von Goldgräbern und Holzfällern fast so hoch ist wie die, durch das Coronavirus zu sterben. Deshalb beteiligen sich viele Indigene an den Demonstrationen obwohl durch die vielen Menschen eine Ansteckung mit dem Coronavirus nicht auszuschließen ist.

Quelle:

<https://www.brasildefato.com.br/2021/07/25/o-barco-do-bolsonaro-esta-com-muitos-furos-e-com-risco-real-de-afundar-diz-boulos-sobre-24j>

Die Strategie, das Vertrauen in das Wahlsystem zu erschüttern

Angesichts konstant schlechter Umfragewerte verfällt Bolsonaro auf die Strategie von Donald Trump im Kontext der Präsidentschaftswahlen in den USA Ende 2020. Nach letzten Umfragen von Datafolha würde Bolsonaro in einer möglichen Stichwahl gegen Lula mit 31 % zu 58 % deutlich unterliegen. Der Präsident zweifelt deshalb in aller Öffentlichkeit die Integrität des Wahlsystems an, durch das er selbst an die Macht gekommen ist.

Im Vorfeld der Proteste am 24.07., als auch am darauf folgenden Wochenende bei Demonstrationen seiner Unterstützer:innen agitierte er gegen den Vorsitzenden Richter des Wahlgerichts Luís Roberto Barroso. Bereits am 29.07. wiederholte der Präsident in einem Live Stream, der auch vom staatlichen Fernsehsender TV Brasil übertragen wurde, Erzählungen von Verschwörungsideologen aus dem Internet, ohne wirkliche Beweise vorbringen zu können. Obwohl er anfangs harte Beweise angekündigt hatte, musste er am Ende zugeben, dass er diese nicht vorbringen könne.

In seinem Diskurs wiederholte er zahlreiche absurde Lügen und forderte wiederholt eine öffentliche Auszählung der Stimmen die auf Papier abgegeben werden sollten. Nach Angaben des obersten Wahlgerichts ist diese Forderung unsinnig, denn schon heute können die Ergebnisse nachgezählt werden, weil das elektronische Wahlsystem die Stimmenabgabe in einem Urnenprotokoll auf Papier dokumentiert.

Eine der widerlegten Geschichten, die der Präsident in seiner Live-Übertragung am 29.07. vorbrachte, war der kolportierte Betrug bei der Präsidentschaftswahl 2014, in der Dilma Rousseff gegen Aécio Neves gewann. Für den Präsidenten reichte schon die Tatsache, dass Neves in den ersten Hochrechnungen noch vor seiner Kontrahentin lag, hier Wahlbetrug zu sehen. Eine Untersuchungskommission dokumentierte aber zwischen 2014 und 2015, dass diese Verschiebungen einfach daher kommen, dass die Auszählung der Urnen in den südlichen Staaten, in denen Neves auch gewonnen hat, schneller voranschreitet als im Norden des Landes. Deshalb kommt es regelmäßig zu Verschiebungen in den Hochrechnungen an einem Wahltag. Selbst der unterlegene Präsidentschaftskandidat Aécio Neves sieht keine Anzeichen für einen Wahlbetrug.

Zweifel am Wahlsystem gehören für Bolsonaro schon lange zu seinem Programm. Schon vor der Wahl 2018 sagte er, dass sein Sieg nur durch Wahlbetrug zu verhindern wäre. Wenn ihm das Wahlsystem, das ihn selbst in den Präsidentenpalast gebracht hat, so korrumpiert erscheint, sollte er konsequenterweise mit sofortiger Wirkung zurücktreten.

Der vom Präsidenten eingebrachte Gesetzesvorschlag, das Wahlsystem von einer digitalen Wahl zu einer Wahl mit Bleistift und Papier zu machen, wird es schwer haben, überhaupt zu Abstimmung zu kommen, weil zumindest im Moment die Erfolgsaussichten zu gering sind.

Quelle:

<https://www1.folha.uol.com.br/poder/2021/07/apos-3-anos-falando-em-fraude-eleitoral-bolsonaro-assume-nao-ter-prova-e-divulga-conjunto-de-relatos-ja-desmentidos.shtml>

<https://www1.folha.uol.com.br/poder/2021/08/em-ato-por-voto-impreso-bolsonaro-novamente-coloca-eleicao-de-2022-em-duvida.shtml>

Stand der Militarisierung in Brasilien

Die schleichende Militarisierung begann bereits unter Präsident Lula im Jahr 2010. Im Vorfeld der sportlichen Großereignisse (Olympia und FIFA-WM) besetzte das Militär in den Operationen Arcanjo (2010-2012) und São Francisco (2014 -2015) mit zehntausenden Soldaten mehrere Favelas in Rio de Janeiro. Damit wollte die Regierung in Brasilia sowohl dem Land wie auch der Welt zeigen, dass Brasilien die öffentliche Sicherheit ernst nimmt.

Im Unterschied zu zahlreichen Militärinterventionen in der Geschichte Lateinamerikas waren es nicht die Generäle, die sich für den Einsatz des Militärs im Inneren entschieden, sondern eine zivile, demokratisch gewählte Regierung, deren Präsident sogar selbst zu Zeiten der Militärdiktatur verfolgt wurde. Die kontinuierlich wachsende Präsenz des Militärs im Bereich der öffentlichen Sicherheit gipfelte in der Ernennung von General Braga Netto zum Verantwortlichen für öffentliche Sicherheit in Rio de Janeiro durch den damaligen Präsident Michel Temer.

General Braga Netto wehrte sich mehrfach öffentlich gegen die Forderung einer Ausweitung seiner Mission und beklagte den mangelnden Schutz vor Verfolgung seiner Soldaten durch die Justiz bei eventuellem Fehlverhalten. Dabei hatte schon Präsident Lula 2010 dafür gesorgt, dass lediglich Tötungsdelikte im Einsatz vor zivilen Gerichten verhandelt werden würden. Sieben Jahre später strich Michel Temer selbst diese Ausnahme und trotzdem waren die Generäle nicht zufrieden. Während des Wahlkampfs forderte der spätere Wahlsieger Bolsonaro, dass Soldaten keinerlei Konsequenzen fürchten müssten wenn sie im Einsatz Menschen töteten. Derzeit liegt dieser Gesetzesvorschlag beim Kongress.

Während des Wahlkampfs degradierte die Überparteilichkeit des Militärs zunehmend. Einzelne Akteure, vor allem in niederen Rängen unterstützten offen die Kandidatur von Jair Bolsonaro. Aber auch hochrangige Militärs konnten sich nicht immer zurückhalten. So war der Kommandeur Villas Bôas in einen tweet verwickelt, den viele als offene Drohung an das Gericht empfanden, das über Lulas Haftstrafe verhandelte.

Nach dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro sind mittlerweile mehr Militärs in der Regierung als zu gewissen Zeiten während der Militärdiktatur. Diese größer werdende Rolle lässt sich das Militär auch bezahlen. Bolsonaros sorgte dafür, dass die Reservegeneräle sowohl ihre Bezahlung als Regierungsmitglieder als auch ihre üppigen Militärpensionen bekommen können. Von der Kürzung bei der Sozialversicherung wurden Militärangehörige ausgenommen. Mittlerweile treten aktive Generäle wie beispielsweise Pazuello ungestraft an Demonstrationen für den Präsidenten auf.

Es ist noch zu früh, eine Bilanz der Militarisierung unter Bolsonaro zu ziehen, aber wir können sicher davon ausgehen, dass auch nach der nächsten Wahl die Rolle der Militärs in der Regierung sehr groß bleiben wird. Die Verhandlungsposition der Militärs gegenüber einer zivilen Regierung hat sich enorm verstärkt. Dies liegt nicht zuletzt auch an der weiterhin schwindenden Glaubwürdigkeit von politischen Parteien und den demokratischen Institutionen. Allerdings besteht auch für das Militär die Gefahr, seine eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen wenn es als ein sehr prominenter Akteur in einer unpopulären Regierung wahrgenommen wird. Insbesondere wenn aktive Generäle wie Pazuello als Gesundheitsminister für kritische Bereiche zuständig sind und keine guten Ergebnisse liefern.

Dieser Artikel basiert auf: Christoph Harig, Militarisation by Popular Demand? Explaining the Politics of Internal Military Roles in Brazil, Quelle:

https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/blar.13289#.YP_jPAJA2WM.twitter